



Barbara Woltmann

Vorschau - Termine Mai 2017

Berlin

Sitzungswoche
15. - 19. Mai

8. - 10. Mai
Informationsfahrt nach Rom
Landesgruppe
Niedersachsen-Bremen

16. Mai, 13.00 Uhr
Podiumsdiskussion
„20 Jahre Interreg – Was sind die Erfolge?“
Bundesministerium für
Verkehr und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße

17. Mai 18:30 Uhr
Berliner Abend 2017-
Deutscher Feuerwehrverband
Feuerwache Tiergarten, Berlin

29. Mai, 14.00 Uhr
Jugend und Parlament

Wahlkreis

2. Mai, 16.00 Uhr
17. Forum Landwirtschaft
2017 der Öffentlichen Ver-
sicherungen Oldenburg
Haus der Öffentlichen
Versicherungen Oldenburg
Oldenburg

15. Mai, 17.00 Uhr
Preisverleihung
Wettbewerb „Aktiv für
Demokratie und Toleranz
2016
Kulturzentrum PFL
Oldenburg

22. Mai, 16.00 Uhr
Bürgersprechstunde im
Wahlkreisbüro Oldenburg
Unterm Berg 20
Oldenburg

Berliner Wochenbericht

April 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Antisemitismusbericht übergeben

Es ist erschreckend, dass noch immer rund 20 % der Bevölkerung in unserem Land latent antisemitisch eingestellt ist. 80 % der befragten Juden in Deutschland erleben tagtäglich Antisemitismus. Das sind Ergebnisse des 2. Expertenkreises, der jetzt den Bericht über die aktuelle Entwicklung des Antisemitismus in unserem Land dem Bundestag überreicht hat. Schon der erste Bericht hatte



2012 aufgezeigt, wie breit leider Antisemitismus in unserer Gesellschaft noch verankert ist. Neben Erkenntnissen zu einem möglichen Antisemitismus bei Geflüchteten wird im neuen Bericht erstmalig die Perspektive der Betroffenen aufgezeigt und eine Reihe von Handlungsempfehlungen gegeben, die zu diskutieren sind: Wir müssen viel mehr für Präventionsmaßnahmen tun und in Bildung und Aufklärung

investieren. Wir müssen den Menschen immer wieder erklären, was Antisemitismus ist. Dabei braucht es einen breiten Ansatz, denn neben dem klassischen Antisemitismus, der mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust verbunden ist, gibt es neue Formen: z.B. einen israelbezogenen Antisemitismus, Antisemitismus im Zusammenhang unserer Einwanderungsgesellschaft oder die zunehmende Hasskommunikation in den modernen Medien. Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn Antisemitismus – in welcher Form auch immer – betrieben, verharmlost oder geduldet wird; denn Antisemitismus kann sich unterschiedlich artikulieren: in latenten Einstellungen, in verbalisierten Diffamierungen, in politischen Forderungen, in diskriminierenden Praktiken bis hin zu persönlichen Angriffen.

Regierungserklärung zur Türkei und zum Brexit:

In dieser Woche sprach Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung zur Türkei und zum Brexit. Ihrer Meinung nach solle die Türkei zwar nicht Mitglied der EU werden, aber ihr Partner bleiben. Hinsichtlich des Brexit bedauerte sie den vorgesehenen Austritt Großbritanniens aus der EU. Ende März hatte das Vereinigte Königreich seinen Austrittsantrag aus der EU eingereicht. Nun haben die beiden Seiten zwei Jahre Zeit, die Art und Weise in der dieser Austritt geschehen soll, zu verhandeln. Dazu werden am Wochenende auf dem Sondergipfel der 27 verbleibenden EU-Staaten die Leitlinien festgelegt. Die Kanzlerin stellte klar, dass Deutschland viel an freundschaftlichen und engen Beziehungen zu Großbritannien liege. Aber es müssten zuerst die Bedingungen des Austritts verhandelt werden, bevor über das künftige Verhältnis zu Großbritannien geredet werden könne. Und sie machte deutlich, dass ein Drittstaat nicht über die gleichen Rechte wie ein Mitglied verfügen könne. Wichtig sei, die Interessen der etwa 100.000 in Großbritannien lebenden Deutschen zu wahren und Schaden von der EU abzuwenden.



Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78766

barbara.woltmann.ma02@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

April 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Bürger und Staat schützen

Mit einer ganzen **Reihe von Sicherheitsgesetzen** haben wir in dieser Woche die Sicherheitsstruktur in unserem Land verbessert. Unter anderem sind dies:

- Die Reform des **Bundeskriminalamtsgesetzes** schafft den rechtlichen Rahmen für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme, um den Informationsfluss zwischen den Polizeibehörden in Deutschland und in Europa zu verbessern. Ein Fall Anis Amri, bei dem die Daten nicht ausgetauscht wurden, darf sich nicht wiederholen.
- Durch das **Fluggastdatengesetz** ermöglichen wir die Nutzung von Fluggastdaten zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Der internationale Terrorismus agiert oft grenzüberschreitend. Diese Personen gilt es zu identifizieren.
- Auch haben wir eine Ausweitung der Weisung zur **elektronischen Aufenthaltsüberwachung** (elektronische Fußfessel) bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung beschlossen. Zum einen soll eine elektronische Aufenthaltsüberwachung auch nach der Verbüßung von Haftstrafen für bestimmte Vergehen möglich sein. Zum anderen sollen für die Anordnung bereits zwei statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein.
- Wir haben zudem das **Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung** beschlossen. Danach dürfen Beamte, Soldaten und Wahlhelfer bei der Ausübung ihres Dienstes sowie bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug ihr Gesicht nicht verhüllen. Ausnahmen sind nur aus dienstlichen oder gesundheitlichen Gründen vorgesehen. Zudem treffen wir Regelungen im Personalausweis-, Aufenthalts- und EU-Freizügigkeitsgesetz sowie in der Bundeswahlordnung, um die Möglichkeit des Abgleichs von Lichtbild und Gesicht einer Person, etwa beim Behördengang, sicherzustellen.
- Ein besonderes Anliegen der Union ist der **stärkere Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften** bei gewalttätigen Übergriffen. Unsere Polizist/innen und Soldat/innen wie auch die Hilfskräfte der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste verdienen Respekt und Wertschätzung. In Anbetracht zunehmender Gewaltdelikte, vor allem gegenüber Polizisten, haben wir Änderungen zum besseren Schutz dieser Personengruppen bei gewalttätigen Übergriffen beschlossen. Mit der Einführung eines neuen Straftatbestandes des „Tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ stellen wir tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen wie etwa dem bloßen Streifengang gesondert unter Strafe.



Zukunftstag im Deutschen Bundestag

Es ist schon eine gute Tradition, dass sich auch der Deutsche Bundestag am Zukunftstag beteiligt und Jungen und Mädchen die Berufswelt im Bundestag erkunden lässt. Am diesjährigen Zukunftstag, am 27. April 2017, begleitete mich Tjark Maass aus Oldenburg bei meiner Arbeit. Der 6.-Klässler nahm als Besucher an einer Sitzung des Plenums teil, lernte den Ablauf eines Fachgespräches kennen und erkundete die Besonderheiten der Bundestagsgebäude. Tjark Maass: „Ich fand es gut, einen Tag im Bundestag zu verbringen und den Alltag einer Bundestagsabgeordneten kennenzulernen. Es ist ein komplizierter Beruf, aber ich könnte mir so etwas für mich auch einmal vorstellen“.

(Mit Eltern und mir im Paul-Löbe-Haus)